Ruanda-Modell ist Ausdruck einer Sündenbock-Politik

"Die Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten wird die Ämter und Kommunen nicht entlasten, sie wird aber enorme Kosten verursachen und noch dazu eklatante Menschenrechtsverletzungen mit sich bringen. Das zeigen alle bisherigen Erfahrungen mit solchen Versuchen, und es gibt keinen Grund anzunehmen, dass dies künftig anders sein könnte. Die Bundesregierung muss dem menschenrechtswidrigen Ruanda-Modell eine klare Absage erteilen", fordert Clara Bünger, fluchtpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag, anlässlich der Innenministerkonferenz. Bünger weiter:

"Politiker*innen fast aller Parteien wollen uns weismachen, dass Geflüchtete für die größten Probleme in diesem Land verantwortlich seien. Wenn weniger Schutzsuchende hier wären, gäbe es nach dieser "Logik" auch weniger Probleme. Der Ruf, auch in Deutschland das Ruanda-Modell umzusetzen, ist der neueste Auswuchs dieser Sündenbock-Politik. Es wird aber nicht funktionieren, Menschen kurzerhand auszulagern. Menschen haben einen Willen, und sie haben Rechte. Man kann sie nicht in einen beliebigen anderen Staat verfrachten wie eine Ware.

Expert*innen betonen ferner die hohen Kosten, mit der Auslagerung von Asylverfahren verbunden sind. In Großbritannien werden für jede einzelne Überstellung 1,8 Millionen Pfund veranschlagt! Wenn diese Gelder stattdessen in die hiesige Infrastruktur fließen würden, wäre es ein Leichtes, die ankommenden Geflüchteten zu versorgen – und noch dazu dringend notwendige Investitionen zu tätigen. Es ist viel teurer, die Abschottungsmaschinerie am Laufen zu halten, als Geflüchtete menschenwürdig aufzunehmen.

Die EU und Deutschland haben eine globale Verantwortung für den Flüchtlingsschutz, auch weil sie maßgebliche Verursacher von Fluchtursachen sind. Diese Verantwortung darf nicht auf Staaten im globalen Süden abgewälzt werden. Wenn Menschen hier Schutz suchen, müssen sie auch hier Schutz bekommen."

